

RESOLUTION



Deißlingen, 1. Oktober 2010

SPD-Kreisverband Rottweil lehnt die geplante Gesundheitsreform der schwarz-gelben Regierung entschieden ab und fordert den Einstieg in die Bürgerversicherung

Am 22. September 2010 hat das schwarz-gelbe Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform auf den Weg gebracht. Nach der parlamentarischen Beratung soll das Gesetz zum 1. Januar 2011 in Kraft treten. Diese Gesundheitsreform bedeutet eine tiefe Zäsur für den deutschen Sozialstaat. Schwarz-Gelb trägt das solidarische Gesundheitswesen zu Grabe:

Schwarz-Gelb bittet Versicherte doppelt zur Kasse

Schwarz-Gelb will die Beiträge zur Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent anheben. Arbeitnehmer zahlen zukünftig 8,2 Prozent, Arbeitgeber 7,3 Prozent Beitrag. Hinzu kommen Zusatzbeiträge, über deren Höhe jede Krankenkasse künftig selbst bestimmen kann. Schwarz-Gelb bittet die Versicherten, die erhebliche Mehrbelastungen tragen müssen, gleich doppelt zur Kasse.

Schwarz-Gelb führt die Kopfpauschale ein

Mit den Zusatzbeiträgen fhrt Schwarz-Gelb die Kopfpauschale ein. Sie muss allein von den Versicherten getragen werden, während der Arbeitgeberanteil an der Versicherung eingefroren wird. Dies ist der Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung, bei der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen einzahlen.

Schwarz-Gelb bedient Pharmedien, private Kassen und Arbeitgeber

Während Schwarz-Gelb die Versicherungseinnahmen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger erhöht, schont die Regierung ihre Klientel.

- **Beispiel Pharmaindustrie:** In Deutschland liegen die Arzneimittelpreise 50 bis 60 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Schwarz-Gelb tut nichts dafür, mehr Wettbewerb und niedrigere Preise durchzusetzen. Im Gegenteil: Größere Rabatte, die Kassenverbände mit den Pharmakonzernen aushandeln, sollen künftig nicht mehr möglich sein. Und der Nutzen neuer Medikamente soll nicht generell von einem unabhängigen Institut bewertet werden. Allein diese Maßnahmen bringen der Pharmaindustrie Vorteile in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro.
- **Beispiel Privatversicherung:** Private Kassen sollen künftig Vorteile der gesetzlichen Kassen erhalten, während die gesetzlichen Kassen ihre Leistungsangebote, z. B. Zusatzversicherungen, einschränken sollen. Gutverdienende sollen leichter von der gesetzlichen zur privaten Kasse wechseln können. Fazit: Langfristig steigen die Kosten für die Kassenpatienten, während die privaten Kassen gepppelt werden.
- **Beispiel Arbeitgeber:** Die Arbeitgeber werden künftig gar nicht mehr an den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen beteiligt.



Der SPD-Kreisverband Rottweil lehnt die geplante Gesundheitsreform vehement ab. Die Delegierten sprachen sich auf einer Kreiskonferenz am 30. September 2010 in Deißlingen einstimmig gegen das geplante Gesetz aus und fordern statt dessen den Einstieg in eine solidarische Bürgerversicherung.

Die SPD will die Bürgerversicherung. Jeder soll in einem gerechten System zu gleichen und fairen Bedingungen versichert sein. Jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit zahlen.

Die SPD will keine Zwei-Klassen-Medizin. Die Krankheit eines Patienten soll entscheiden, wie schnell er einen Termin bekommt, nicht wo er versichert ist. Wettbewerb soll es über die beste Behandlung geben – nicht über die niedrigste Kopfpauschale.

Zudem wenden wir uns entschieden gegen Bestrebungen, Vorkasse für Kassenpatienten einzuführen.

Für ein solidarisches Gesundheitswesen – gegen Lobby-Interessen

Klaus Eisenhardt